

Landkreis Kusel: Über 30 Millionen Euro Defizit - Klage gegen Land geplant!

Der Landkreis Kusel klagt gegen die Landesregierung wegen eines Defizits von 30 Millionen Euro im Haushalt 2025.



Der Landkreis Kusel sieht sich im Jahr 2025 mit einem erheblichen finanziellen Defizit konfrontiert. Laut der kalkulierten Haushaltsplanung wird ein Fehlbetrag von rund 30 Millionen Euro erwartet, was einen deutlichen Anstieg im Vergleich zu den 17 Millionen Euro im Jahr 2024 darstellt. Landrat Otto Rubly (CDU) äußerte, dass die Verwaltung derzeit die Vorarbeiten für die anstehenden Haushaltsberatungen leistet. Die Situation wird als angespannt beschrieben, da der Landkreis mehr Pflichtausgaben verzeichnet als Einnahmen, was auf eine dramatische Finanzlage hinweist.

In Reaktion auf die prekäre Situation fordert Sven Eckert (CDU) eine Überarbeitung der Antworten der Landesregierung auf

bestehende Resolutionen und deren Vorstellung im Kreisausschuss. Zudem schlägt er vor, ernsthaft über eine Klage gegen das Land nachzudenken. Auch Alwin Zimmer (AfD) angekündigt, dass seine Fraktion eine solche Klage unterstützen und einem defizitären Haushalt nicht zustimmen wird. Rubly hat die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs als „Rohrkrepierer“ bezeichnet, was die Unzufriedenheit mit den derzeitigen politischen Rahmenbedingungen verdeutlicht.

Steigende kommunale Ausgaben und Herausforderungen

Die Situation in Kusel spiegelt eine breitere Problematik wider, die auch in anderen Regionen Deutschlands zu beobachten ist. Bayerns Kommunen schlagen Alarm über ein veritables Defizit, das von 2,5 Milliarden Euro Ende 2022 auf 5,1 Milliarden Euro Mitte 2024 ansteigt. Die Ausgaben in diesem Zeitraum sind aus verschiedenen Gründen stark gestiegen. Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sind die Kosten seit 2019 um 11 Prozent auf 1,14 Milliarden Euro gestiegen, insbesondere durch die Notwendigkeit von Schulbegleitern. Dies erfordert eine Vergrößerung des Personalstamms, was die Ausgaben für Personal seit 2018 um 500 Millionen Euro auf über 2 Milliarden Euro erhöht hat.

Die finanzielle Situation der Kommunen wird weiter belastet durch hohe Kosten für kommunale Krankenhäuser und den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Zudem könnte ein Rückgang der Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer, der für 2024 auf rund 600 Millionen Euro geschätzt wird, einer der Faktoren sein, der zur finanziellen Schieflage beiträgt. Ministerpräsident Markus Söder hat versprochen, die Kommunen voll zu unterstützen, was jedoch bislang wenig konkretisiert wurde.

Politische Reaktionen und Lösungsansätze

Die politischen Reaktionen auf die finanzielle Misere sind vielfältig und spiegeln die Dringlichkeit der Situation wider. Margot Schillo (FWG) fordert eine sachliche Analyse der Zahlen. Sie betont, dass auch der Bund zur Finanzierung der Kommunen beitragen sollte. Der Landrat Ronny Raith aus Regen hat bereits eine Haushaltssperre verhängt, um zukunftsgerichtete Haushaltsentscheidungen zu treffen. Nur zwingend notwendige Ausgaben werden getätigt, während die kostenintensiven Pflichtaufgaben in der Jugend- und Sozialhilfe sowie laufenden Bauprojekten fortgeführt werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Herausforderungen in der kommunalen Finanzlandschaft nicht isoliert betrachtet werden können. Die anhaltenden Defizite und die angespannte finanzielle Lage der kommunalen Haushalte erfordern sofortige Maßnahmen und einen politischen Dialog, um nachhaltige Lösungen zu finden. Die nächste Sitzung des Kreisausschusses findet Ende Januar statt, und die Haushaltskommission wird Mitte Februar tagen, um über die zukünftigen Schritte zu entscheiden.

Für detailliertere Informationen über die kommunalen Finanzen und die damit verbundenen Herausforderungen können Sie rheinpfalz.de, br.de sowie staedtetag.de besuchen.

Details	
Quellen	• www.rheinpfalz.de • www.br.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net